

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



Der öffentliche Raum gehört uns allen

Die Bestrebungen der Wirtschaft, den öffentlichen Raum dem Kommerz zu unterwerfen, nehmen zu. Die Politik leistet dieser Profitmaximierung willfährige Hilfsdienste.

Zunehmende Videoüberwachung, die Aufstellung einer Stadtwache, die Verdrückung von BettlerInnen oder Obdachlosen, die überwachungsgerechte Gestaltung von Parks, all das sind Indi-

zien dafür, dass der öffentliche Raum der Allgemeinheit zunehmend entzogen wird.

Doch der öffentliche Raum gehört uns allen: Das Grundrecht, unbeschwert

und nicht ständig überwacht oder Ansprüchen des Konsums unterworfen durch Straßen und Grünanlagen zu flanieren wollen wir uns nicht nehmen lassen.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin

Jetzt ist die Katze aus dem Sack

Einstädtisches Sparprogramm droht. Ein Grund dafür ist das Swap-Spekulationsdebakel.

3,5 Millionen Euro soll der Magistrat laut Stadtsenatsbeschluss noch heuer einsparen. Ob Sozialausgaben, Kulturförderung oder Grünraumpflege, quer durchs Gemüsebeet wird der Sparstift angesetzt.

Spüren werden wir das alle

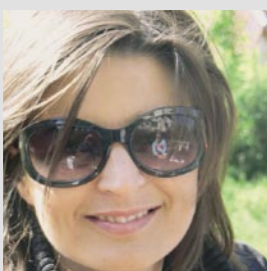
Die politische Verantwortung für dieses Debakel liegt bei den regierenden Stadtparteien. Wer sich auf windige Finanzgeschäfte einlässt, anstatt das Geld bei den Milliardenprofiten der Bank und Konzerne zu holen, hat sich selbst ins Aus geschossen. Im Übrigen würde die Abschaffung der Stadtwache eine Million Euro bringen.

Wie geht's (weiter) nach dem Aufstieg?

Der FC Blau-Weiß Linz schaffte den Aufstieg in die zweithöchste österreichische Fußball-Liga und bietet dem Stadtrivalen LASK nun endgültig Paroli.



Roland Hochstöger langjähriger SK VÖEST und BW Linz-Anhänger
Dieser Aufstieg nach 14 Jahren war natürlich das Größte für uns Blau-Weiße. Ein Sieg über Großmannssucht und Profitgier durch Dobusch, Grad und Konsorten. Ein Wermutstropfen ist der Umzug in den unpersönlichen Kasten Linzer Stadion. Auch Veränderungen in der Fanszene werden sich durch Erschließung neuer Zuschauerschichten ergeben.



Elisa Roth sporadische Fußballspielzuschauerin
Natürlich habe ich mich über den Aufstieg gefreut, vor allem da jetzt wieder richtige Stadt-Derbys stattfinden. Schade nur, dass die Blau-Weißen nicht mehr im Donauparkstadion spielen. Dort war immer eine einzigartige Atmosphäre, die so wohl auf der Gugl nicht mehr sein wird.



Dominik („Arschibald Sack“) BlauCrowd FM-Sendungsmacher
Für den Verein kann das längerfristige Ziel nur Bundesliga heißen. Im Fanblock muss der Status Quo aber erhalten bleiben. Kreativ, offen, schräg und natürlich antirassistisch. Die ARGE ToR! (Arbeitsgemeinschaft Tribüne ohne Rassismus) wird ihren Teil dazu beitragen damit diese Eigenschaften auch nach dem Aufstieg weiterhin Bestand haben.

Frauen haben Defizite beim Wohnen

Der „Linzer Frauenbericht“ wirft einige Fragen auf.

Wohnen, ein elementares Bedürfnis, ist so ein Thema. Laut dem Bericht sind Frauen mit niedrigem Haushaltseinkommen überwiegend mit ihrer Wohnsituation unzufrieden.

Junge Frauen, Alleinerzieherinnen, Frauen nach Scheidung, womöglich noch ohne österreichische Staatsbürgerschaft oder krank, leiden besonders darunter. Ihnen wird der Zugang zu kostengünstigen, gesunden Wohnungen, die sie sich auch leisten können, schwer gemacht.

Anspruch auf ein gutes Leben
Das zieht einen Rattenschwanz an negativen Konsequenzen nach sich: Einsparungen beim Essen, Heizen, bei der Gesundheitsvorsorge - bis hin zu schweren Depressionen.

Das kann es doch nicht sein! Denn auch diese Frauen haben Anspruch auf ein gutes Leben, auf gelingende Alltagskultur. Das ist auch qualitativvolles Bauen, Wohnen und Sein. Und muss für alle in unserer Stadt gelten!



Edith Friedl
Lehrerin

Wem gehört die Stadt?

Kaum eine Gemeinderatssitzung, bei der sich nicht FPÖ und ÖVP gegenseitig mit Forderungen nach mehr Videoüberwachung in den Linz Linien, nach Bettelverboten oder Aufrüstung der Stadtwache zu übertrumpfen versuchen.



Mit der Kundgebung „Reclaim the Beach“ macht die KPÖ am 28.8. ab 14 Uhr am Donaustand beim Steinmetzplatz in Alt-Urfahr auf die Bedeutung des öffentlichen Raumes aufmerksam.

Nicht ohne Erfolg: Der Umfaller der SPÖ nach der Gemeinderatswahl 2009 ermöglichte die Aufstellung einer verschämt als „Ordnungsdienst“ titulierten Stadtwache. Und ausgerechnet ein vom Bundesheer wegen seiner rechtsextremen Kontakte als Sicherheitsrisiko abgelehnter FP-Politiker wurde zum „Sicherheitsstadtrat“ befördert.

Stadtwache wird aufrüstet

Einträchtig beschlossen SPÖ, ÖVP und FPÖ samt BZÖ-Anhängsel auch die Aufstockung der Stadtwache von 18 auf 30 Bedienstete. Dafür werden pro Jahr weit mehr als eine Million Euro Steu-

ergelder verblasen. Und mit der Novellierung des Polizeibefugnisgesetzes wurde von schwarzblau im Landtag die Grundlage für ein Bettelverbot und für Exekutivbefugnisse der Stadtwache geschaffen. Was noch fehlt ist eine Bewaffnung der Stadtwache, die aus der rechten Ecke des Gemeinderates ohnehin laufend verlangt wird.

Während Events wie das „Krone“-Fest mit Steuergeldern subventioniert werden und der dabei entstehende Saustall auf Stadtkosten beseitigt wird, macht man Druck auf für die Geschäftswelt unerwünschte Gruppen: BettlerInnen, Straßenmu-

sik, Obdachlose stören das heile Geschäftserlebnis und sollen aus der Landstraße und anderswo möglichst verschwinden. Ähnlich ist die Stimmung gegenüber Jugendlichen die sich im Donaupark oder anderswo ungezwungen treffen wollen.

Öffentliches Grillen tabu?

Wenig Herz hat die Stadt auch für das sommerliche Grillvergnügen im öffentlichen Raum. Gerade am Pleschinger See und in Margarethen gibt es eine Möglichkeit dazu. Andere Plätze wie der etwa Donaustand in Alt-Urfahr sind tabu, obwohl sogar die Junge ÖVP Grillplätze an der Traun fordert.

Spitze Splitter aus dem Gemeinderat

Geldregen für City-Ring

Auch heuer wieder wird der City-Ring, die Interessenvertretung der schwerreichen Geschäftswelt in der Landstraße, mit 165.000 Euro subventioniert. Und auch die „Krone“ kassiert wieder 78.000 Euro für ihr Stadtfest. Die KPÖ stimmte dagegen.

Gemeinderat entmachtet

Der Antrag von KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grönn, ausschließlich der Gemeinderat sollte für Fremdfinanzierungen zuständig sein, wurde von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt. Obwohl die Selbstentmächtigung des Gemeinderates vom Juni 2004 der Ausgangspunkt für das Swap-Debakel war.

Linzer AKH benachteiligt

In Beantwortung einer KPÖ-Anfrage teilte VBgm. Christiana Dolezal mit, dass der nach Abzug der Zuschüsse des Landes verbleibende Selbstbehalt beim AKH als Nettodefizit von 2006 bis 2011 von 13,5 auf 18,5 Millionen Euro gestiegen ist. Unverständlicherweise war dies kein Thema bei den Verhandlungen über die Spitalsreform.

Schluss mit Casino-Kapitalismus

Einstimmig beschloss der Gemeinderat den seit 1979 geltenden Casino-Vertrag zu beenden und die Refundierung von Mietkosten durch die Stadt an die Casinos Austria AG einzustellen. Dies hatte die KPÖ bereits 1990 beantragt, SPÖ, ÖVP und FPÖ hatten das jedoch damals strikt abgelehnt.

Für einen Hauptplatz ohne Lärm und Gestank

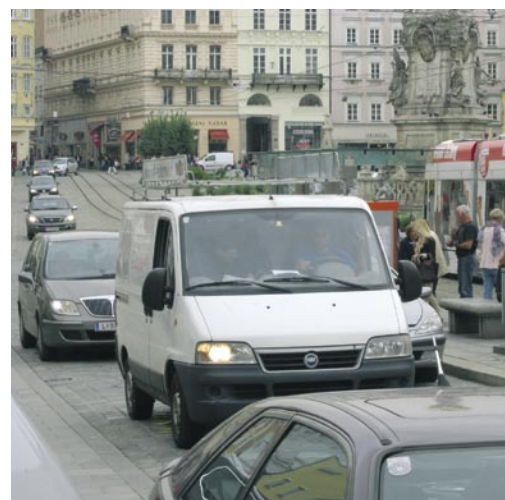
Der motorisierte Individualverkehr stört das Erlebnis auf dem größten Platz im Linzer Zentrum.

Die warme Jahreszeit lädt vermehrt ein, den Linzer Hauptplatz zu bevölkern und auf öffentlichen Bänken oder in Gastgärten Platz zu nehmen. Getrübt wird die Freude jedoch durch die vielen Autos, die sich über den Platz wälzen. Neben dem fließenden Verkehr sind auch die parkenden Autos ein Problem, die sogar in der Fußgängerzone

im südöstlichen Teil des Platzes parken oder den Fahrradstreifen verstellen.

Menschen statt Autos

Die KPÖ tritt dafür ein, dass der Linzer Hauptplatz endlich autofrei wird. Nur noch FußgeherInnen, dem Fahrradverkehr, sowie Taxi, Straßen- bzw. Bergbahn und Bussen soll es erlaubt sein den Hauptplatz zu benutzen. Die Verkehrsberuhigung am Hauptplatz wäre ein klares Signal, dass die Stadt in erster Linie den Menschen und nicht den Autos gehört.



Tariferhöhungen in Linz: Schlag auf Schlag

Die städtische Linz AG erhöht die Tarife.

Und das geht wie im Taktverkehr: Erdgas im Mai 2011 plus 8,4 Prozent. Fernwärme im Juni 2011 plus 6,3 Prozent. Müllabfuhr im Juli 2011 plus zehn Prozent. Bereits im Jänner 2010 wurden die Strompreise um 9,3 Prozent angehoben, im Jänner 2011 die Nahverkehrstarife der Linz Linien um bis zu fünf Prozent. Im Schnitt wird mit diesen Preiserhöhungen ein vierköpfiger Lin-

zer Haushalt um hundert Euro pro Jahr mehr belastet.

Die KPÖ protestiert gegen diese Belastung und fordert einen kommunalen Tarif- und Gebührenstopp. Weiters kritisiert die KPÖ, dass durch die Ausgliederung wichtiger kommunaler Leistungen aus der Budgethoheit und die Übertragung an die Linz AG der eigentlich zuständige Gemeinderat schon seit vielen Jahren in keiner Weise mehr eine Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeit bei der Tarifgestaltung hat.

Löhne bleiben zurück

Die Lohnabhängigen und PensionistInnen spüren gerade in den letzten Monaten die steigende Preisentwicklung insbesondere bei Wohnkosten und Energie besonders deutlich. Hingegen stagnieren die Reallöhne seit Jahren.

So ist laut Angaben der öö Arbeiterkammer von 1994 bis 2011 zwar die Produktivität um 21,4 Prozent gestiegen, die Reallöhne aber brutto nur um 6,1 Prozent und netto gar nur um 0,6 Prozent.

Aktuell, Nummer 05, August 2011

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web <http://ooe.kpoe.at>; Konto Oberbank 480 2195 00 (BLZ 15.000); Druck: digitaldruck.at, Leobersdorf.

Antwortkarte (oder E-Mail an ooe@kpoe.at)

Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infomaterial:

(Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und in den nächsten Postkasten werfen.)

- Kommunalprogramm
- Probeexemplar „Café KPÖ“
- Probeexemplar „Volksstimme“
- Probeexemplar „Die Arbeit“
- Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Postgebühr
zahlt
Empfängerin!

**An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz**